

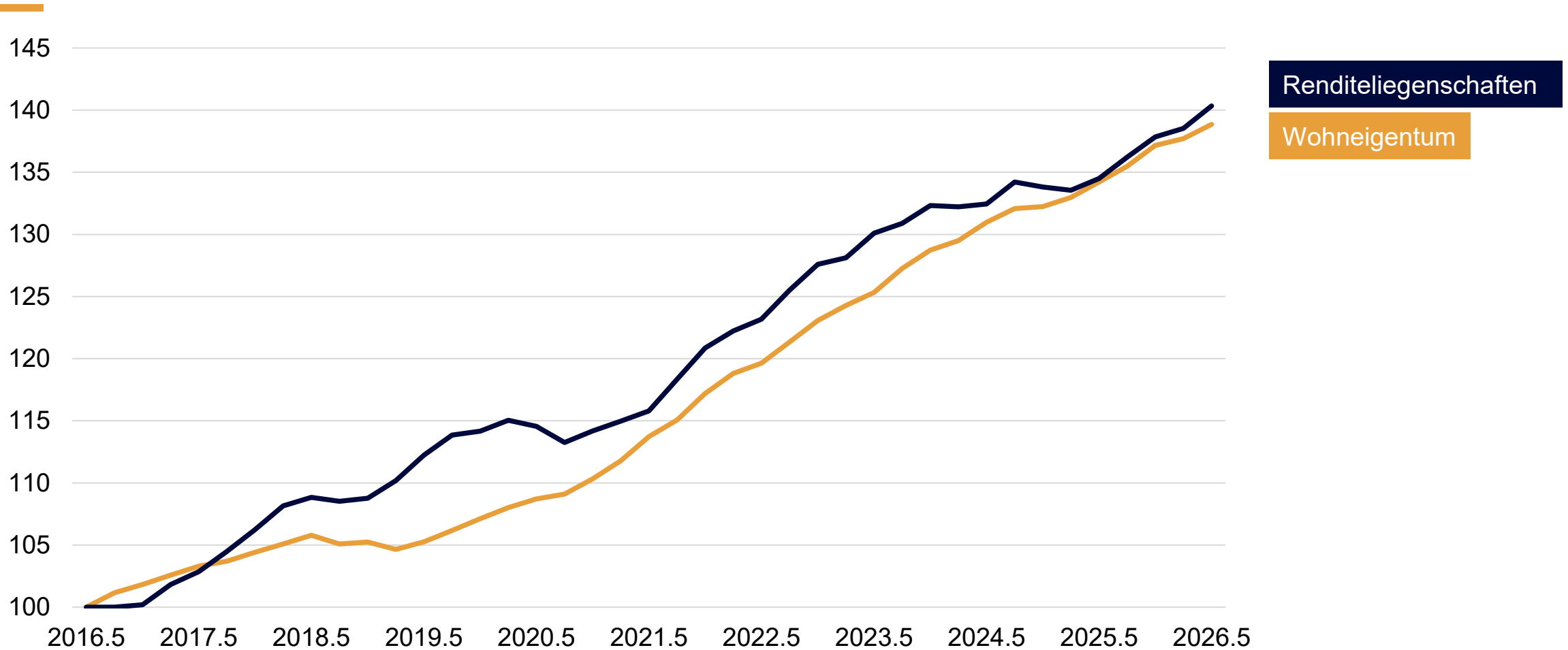
IAZI Polit-Update

Bund, Kantone und Städte

7. Juli 2026

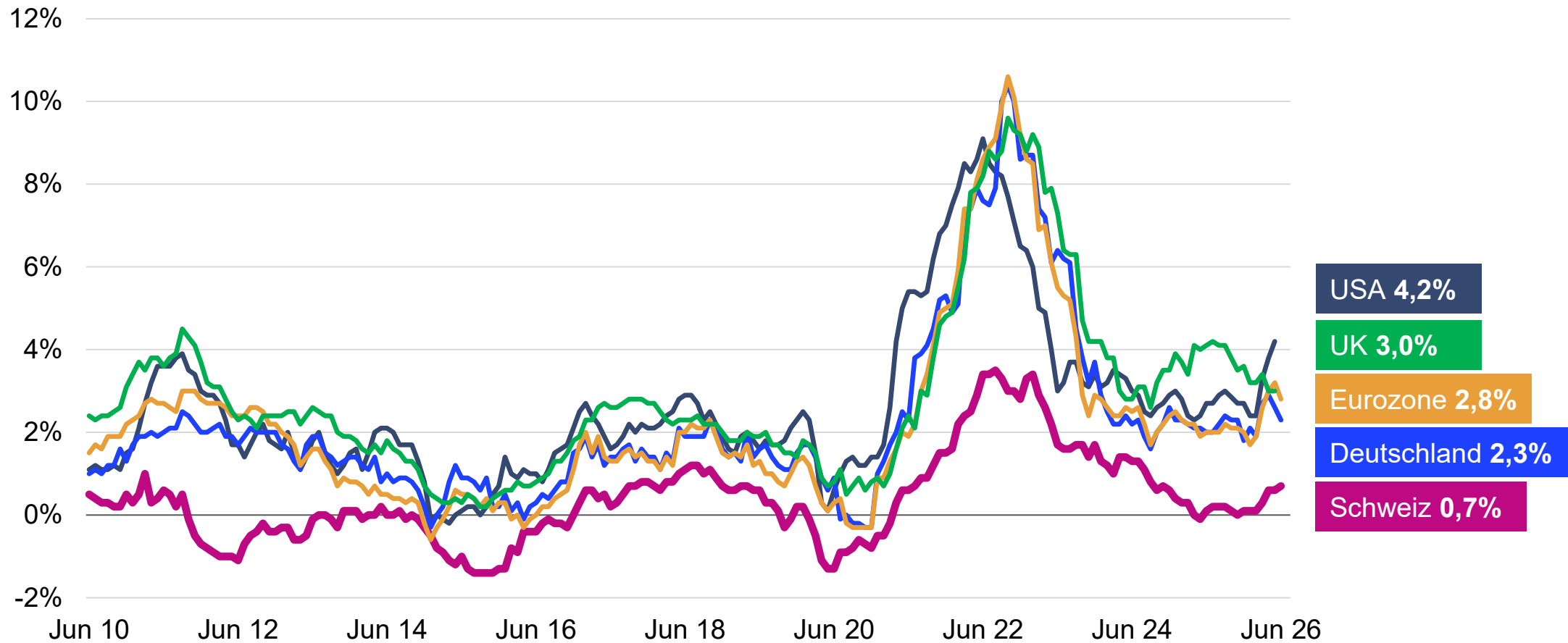
Immobilienpreise weiterhin im Aufwärtstrend

Transaktionspreise (indexiert, 100: Stand 30.06.2016)



Inflation: Frankenstärke wirkt als Puffer

Veränderung Konsumentenpreise (über 12 Monate)



Quelle: BFS, BLS, Destatis, Eurostat (Stand: 03.07.2026)

Franken-Kurs: Vorläufiger Boden erreicht?

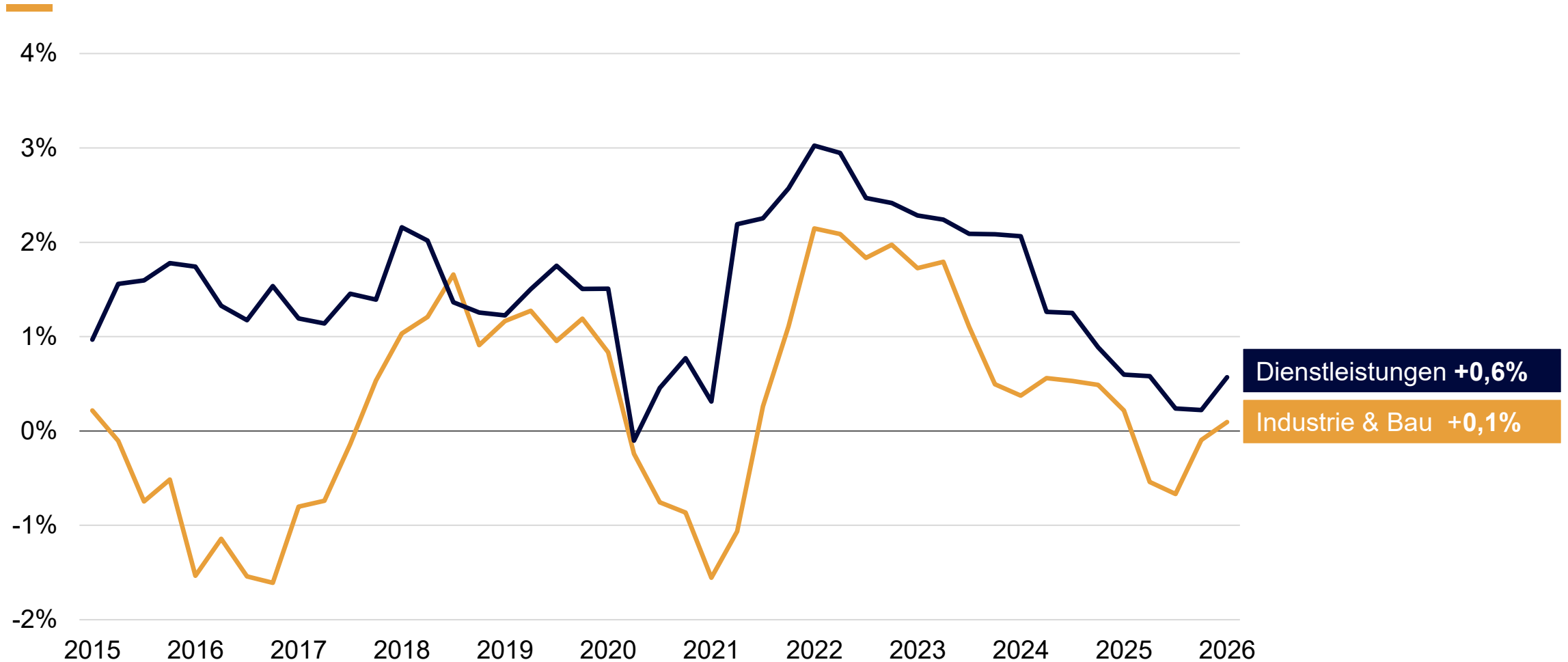
Euro und US-Dollar in Franken (monatlicher Mittelwert)



Quelle: SNB (Stand 03.07.2026)

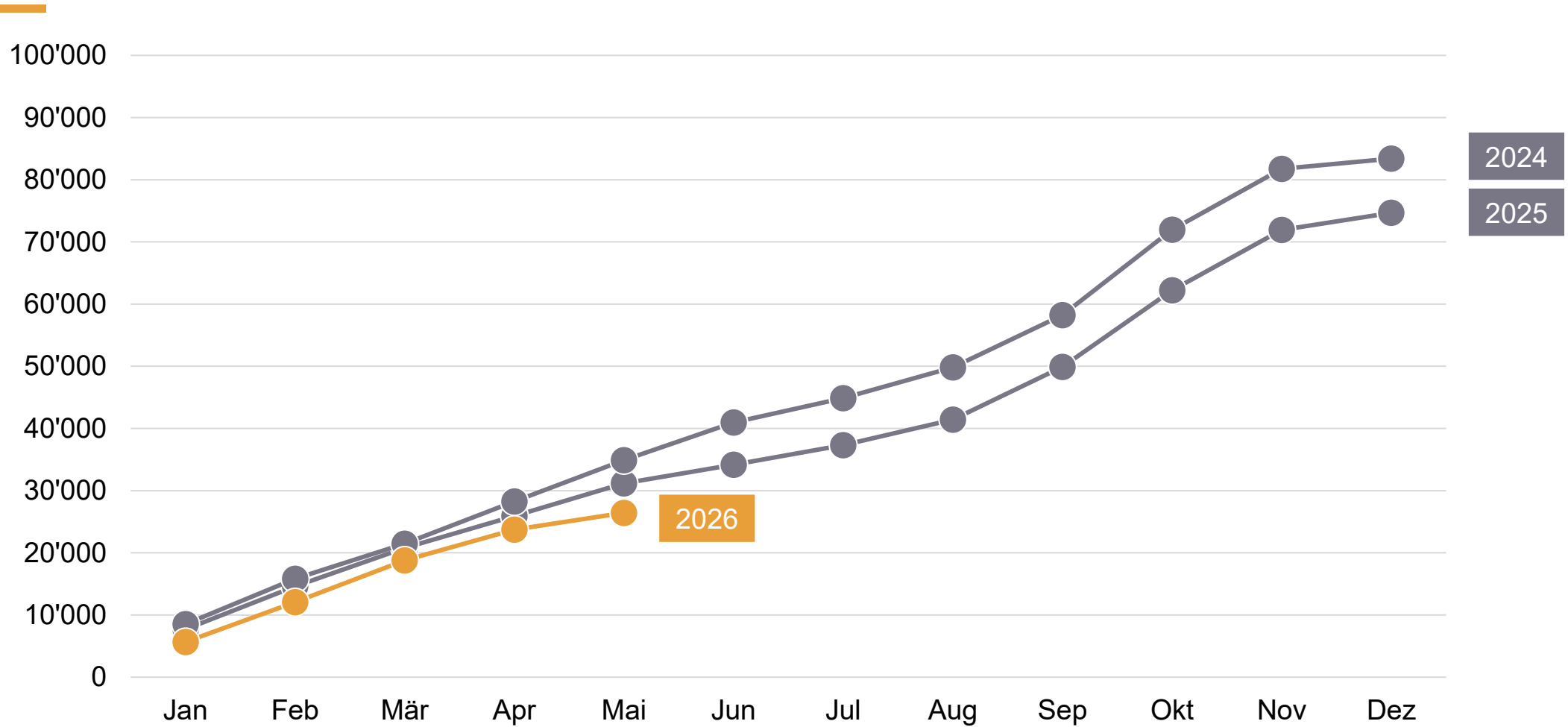
Arbeitsmarkt: Erholung bei Industrie und Bau

Veränderung Stellenzahl im Vergleich zum Vorjahresquartal (in %), Stand 31.03.2026



Nettozuwanderung: Leicht tieferes Niveau

Wanderungssaldo kumuliert nach Monat, Anzahl Personen

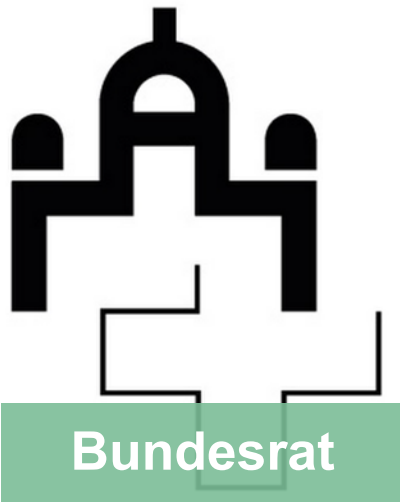




1 Steuern und Finanzen

Bundesrat plant Verschärfung der Lex Koller

Bund, Exekutivvorstoss (2025/58)



Gesetzesänderungen in Vernehmlassung

- Erwerbsverbot von Betriebsstätten zwecks Vermietung
- Bewilligungspflicht für Erwerb von Anteilen an Immobiliengesellschaften, Immobilienfonds und -SICAVs
- Veräusserungspflicht von Hauptwohnmobilien bei Wegzug
- Erwerbsbeschränkungen von Ferienwohnungen und Aparthotel-Einheiten

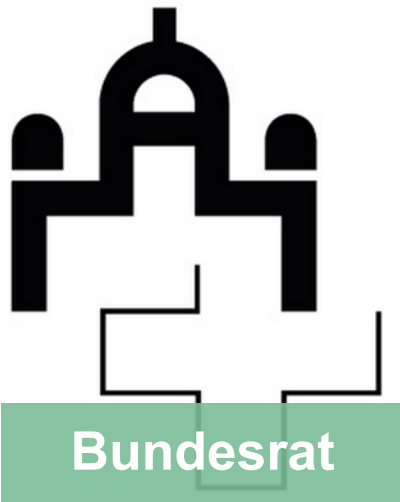
Eher geringe Erfolgschancen

- «Unheilige Allianz» im Nationalrat möglich, Ablehnung im Ständerat zu erwarten
- Abschwächung nach der Vernehmlassung wahrscheinlich

➤ **Die Vernehmlassung läuft bis zum 15. Juli 2026**

Änderung des Stockwerkeigentumsrechts

Bund, Exekutivvorstoss (2023/64)



Vereinfachte Entscheidungsfindung im Stockwerkeigentum

- Begründung von Stockwerkeigentum bei noch nicht gebauten Liegenschaften soll explizit geregelt werden
- Schaffung eines Erneuerungsfonds kann eingeklagt werden
- Verlängerung des Baurechts per Mehrheitsbeschluss ermöglichen
- Umsetzung von Motion Caroni (19.3410)

Ergebnisbericht veröffentlicht

- Allgemeine Zustimmung, punktuelle Änderungsvorschläge
- Grundsätzlich gute Erfolgschancen im Parlament

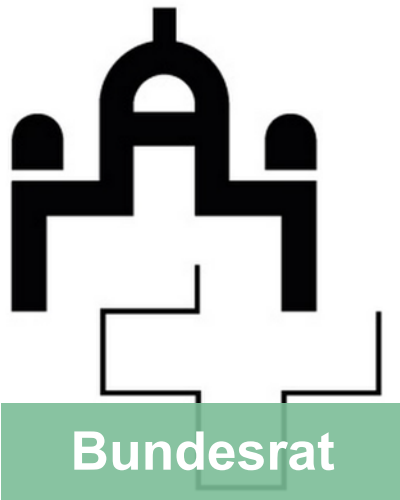
➤ **Als nächstes schickt der Bundesrat den angepassten Entwurf ins Parlament**



2 Energie

Pflicht zur Installation von E-Ladestationen

Bund, Exekutivvorstoss (2026/43)



Betrifft Mietwohnungen und Stockwerkeigentum

- Mieter und Stockwerkeigentümer können Grundinstallation zum Laden elektrischer Fahrzeuge verlangen
- Kosten für die Grundinstallation soll auf die Mieter der Parkplätze überwält werden können

Strenge Umsetzung der Motion 23.3936 (Jürg Grossen, GLP)

- Pflicht anstatt Anreize
- Bürgerliche Gegenreaktionen im Parlament absehbar; endgültiger Entwurf von Ergebnissen der Vernehmlassung abhängig

➤ **Die Vernehmlassung läuft bis zum 12. Oktober 2026**

Energiegesetz Waadt: Referendum gescheitert

Kanton Waadt, Exekutivvorstoss (23_LEG_147)



Umfassendes Gesetzespaket

- GEAK-Pflicht für Gebäude mit Baujahr vor 1986
- Sanierungspflicht für Gebäude in energetisch schlechtem Zustand
- Verbot fossiler und elektrischer Widerstandsheizungen
- Solarpflicht bei Neubauten und grösseren Dachsanierungen
- Beantragung von Subventionen möglich

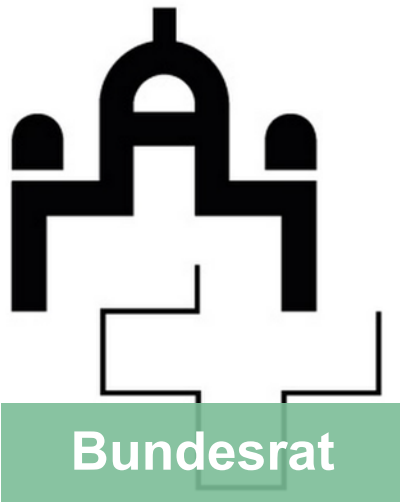
➤ **Das Referendum kam nicht zustande. Das Gesetz tritt per 1. Januar 2027 in Kraft**



3 Bauen & Raumplanung

Bundesrat will Wohnungsbau beschleunigen

Bund, Exekutivvorstoss



Massnahmen zur Beschleunigung des Wohnungsbaus

- Beschwerdemöglichkeiten einschränken
- Innenentwicklung als nationales Interesse → Vorrang gegenüber Ortsbild- und Heimatschutz
- Kantone sollen verpflichtet werden, Verdichtung in Bauzonen zu fördern und missbräuchliche Einsprachen zu verhindern

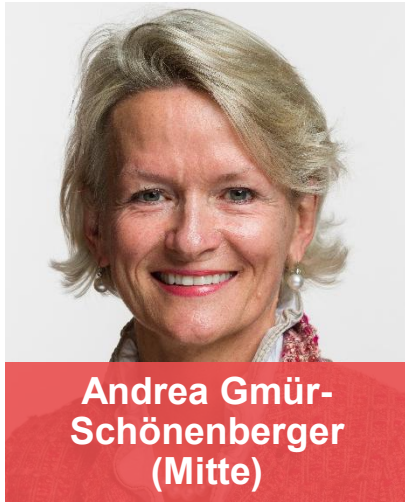
Bundesrat anerkennt Handlungsbedarf

- Schöpft seine Handlungsmöglichkeiten aus und nimmt Kantone in die Pflicht
- Unterschiedliche kantonale Umsetzungen denkbar → Flickenteppich

➤ **Das UVEK wird bis Ende 2026 eine Vernehmlassungsvorlage ausarbeiten**

Reduktion Baueinsprachen: neuer Versuch

Bund, Motionen (25.3972 & 25.3973)



Beide Räte nahmen die Motionen an

- Motion 25.3972: «Schutzwürdige Interessen» klar definieren
- Im RPG präzisieren, wer zur Einsprache berechtigt ist
- Motion 25.3973: Missbräuchliche Baueinsprachen sanktionieren
- Einsprecher ohne «schutzwürdiges Interesse» sanktionieren: Kostenübernahme oder Schadenersatzleistungen

Lösungsfindung wird weiterhin schwierig bleiben

- Zunehmende Verdichtung = mehr Konflikte und Einsprachen
- Missbräuchlichkeit in der Praxis schwer nachweisbar

- Als nächstes wird der Bundesrat eine Umsetzung ausarbeiten
- Die Geschäfte sind erledigt

Reduktion Baueinsprachen: Luzerner Variante

Kanton Luzern, Motionen (M 801 & M 821)



Motion Kurmann: Baustart trotz hängiger Beschwerden

- Keine aufschiebende Wirkung von Einsprachen bei rechtmässig bewilligten Projekten ohne gegenläufiges offensichtlich überwiegendes Interesse
- Baustart trotz hängiger Beschwerden mit Rückbauverpflichtung

Motion Meier: Missbräuchliche Einsprachen sanktionieren

- Sanktionierung missbräuchlicher Einsprachen mittels:
 - Parteikostenersatz zugunsten der Bauherrschaft
 - Überbindung von Verfahrens- und Folgekosten
 - Schadenersatz
- Als nächstes nimmt die Regierung Stellung zu den Vorstössen



Gebäudetyp-E: Neuer Ansatz für einfaches Bauen

Bund, Motion (26.4043)



**Andrea Gmür-
Schönenberger
(Mitte)**

Inspiration aus Bayern für die Schweiz

- Konzept Gebäudetyp-E (experimentell): Auf alle nicht zwingend notwendigen Standards soll verzichtet werden können
- Brandschutz, Standsicherheit und Gesundheit müssen gewahrt werden
- Bundesrat soll gesetzliche Grundlagen für entsprechende Pilotprojekte schaffen
- Pilotprojekte sollen Daten zu Nutzen und Realisierbarkeit des Gebäudetyps-E liefern

Moderate Chancen auf Annahme

- Beschleunigung des Wohnungsbaus derzeit mehrheitsfähig, Vorstoss hat aber keine Mitunterzeichner

➤ **Als nächstes nimmt der Bundesrat Stellung zu dem Vorstoss**

Planung und Bau von Wohnquartieren vereinfachen

Bund, Motion (26.3798)



GLP-Fraktion

Einfachere Verfahren unter Auflagen

- Wohnquartiere sollen einfacher realisiert werden können, wenn sie bestimmte Kriterien erfüllen
- Kriterien: Erschliessung, Energieeffizienz, Grünflächen, Architektur und Wohnqualität
- Erleichterungen: Kürzere Bewilligungs- und Einsprache-fristen, finanzielle Unterstützung, Einschränkung von Beschwerdemöglichkeiten, prioritäre Behandlung

Sehr offenes Anliegen

- Auswirkungen stark abhängig von verlangten Kriterien und gewährten Erleichterungen

➤ **Als nächstes nimmt der Bundesrat Stellung zu dem Vorstoss**

Waadt: Revision Raumplanungsgesetz

Kanton Waadt, Exekutivvorstoss



Regierung schickt Entwurf in die Vernehmlassung

- **Beschleunigung Verfahren:** Digitalisierung, Regelung von Kompetenzen und Fristen für Behörden, Freiwilligkeit kommunaler Richtpläne
- **Mehr Rechtssicherheit:** Schutz der in Gestaltungsplänen gewährten Baurechte für 10 Jahre
- **Klimaschutz:** Gestaltungspläne müssen Massnahmen für Klimaschutz und Biodiversität enthalten, Anreiz zur Nutzung klimaschonender Baustoffe, Zonen mit Bewilligungsfreiheit für energetische Sanierungen
- **Auswirkung der Raumplanung auf Eigentümer:** Bessere Entschädigung bei Auszonungen, Berücksichtigung persönlicher Umstände bei Mehrwertabgabe

➤ **Als nächstes legt die Regierung den definitiven Entwurf vor**

Stadt Bern: Keine «Abrisse auf Vorrat»

Stadt Bern, Motion (2026.SR.0189)



Keine Abbrüche ohne Folgeprojekt

- Abrisse ohne konkretes und zeitnah realisierbares Folgeprojekt nicht mehr zulässig
- Insbesondere für Gebäude mit kultureller oder sozialer Nutzung
- Reaktion auf Gebäudeabriss an Weissensteinstrasse («Tripity-Gebäude»)

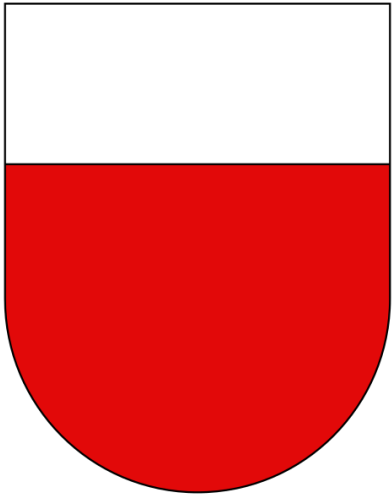
Annahme realistisch

- Unterstützende Parteien mit Mehrheit im Parlament
- Ähnliche Vorstösse bereits erfolgreich

➤ **Als nächstes nimmt die Regierung Stellung zu dem Vorstoss**

Lausanne: Strenger Baumschutz beantragt

Stadt Lausanne, Exekutivvorstoss (2025/56)



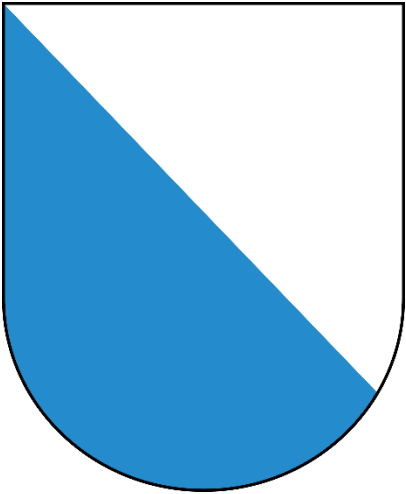
Regierung legt neue Verordnung zum Baumschutz vor

- Bäume mit Stammumfang von 40 cm, sämtliche Hecken und Baumsträucher sind geschützt
- Ausnahmen: Neophyten, kommerziell genutzte Bäume, Sträucher in Bauzonen
- Bewilligung wenn Fällung/Umpflanzung notwendig für Sicherheit oder baulicher Entwicklung
- Bewilligung mit Ersatzpflanzung oder -zahlung verbunden

➤ **Als nächstes wird die Vorlage der zuständigen Kommission zugewiesen**

Stadt Zürich stimmt über Hochhaus-Gebiete ab

Stadt Zürich, Exekutivvorstoss (1459/2022)



Parlament verabschiedete umstrittene Hochhaus-Gesetze

- Verkleinerung des 80-Meter-Gebietes, Einführung eines 60-Meter-Gebiets
- Ab 60 Meter Höhe ist ein Gestaltungsplan zwingend
- Alle Hochhäuser müssen hohe ökologische Standards einhalten*
- Mehrausnutzung bei Gestaltungsplänen muss vollständig für preisgünstigen Wohnraum genutzt werden

- **Bürgerliche Parteien haben erfolgreich das Parlamentsreferendum ergriffen**
- **Die Abstimmung erfolgt am 27. September 2026**

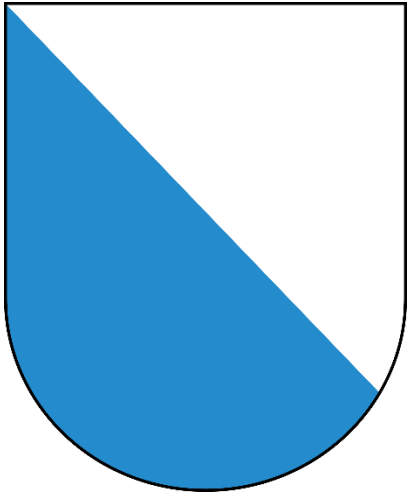
*Standard Nachhaltiges Bauen Schweiz (SNBS) oder SIA 390/1 («Klimapfad - Treibhausgasbilanz über den Lebenszyklus von Gebäuden»)



4 Mieten & Wohnen

Zürich: Stimmvolk gegen Regulierungen

Kanton Zürich, Volksinitiativen (5987, 5993, 5994)



Wohnungsinitiative

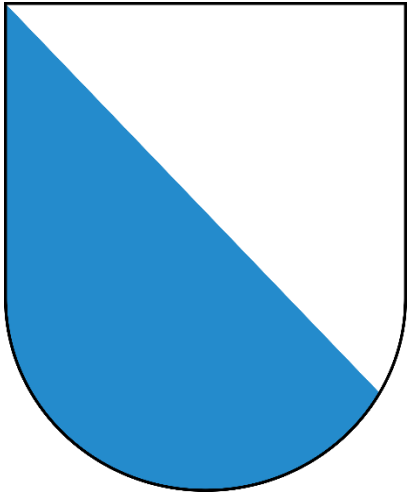
- **Initiative:** Förderung von gemeinnützigen Wohnungen und selbstgenutztem Wohneigentum, Förderung nachhaltiger Bauweisen, Bürgschaften und Wohnbauanstalt
- **Gegenvorschlag:** Förderung von gemeinnützigen Wohnungen und selbstgenutztem Wohneigentum, keine Festlegung auf Massnahmen

Wohnschutz-Initiative

- **Initiative:** Bewilligungspflicht für Abbrüche, Umbauten, Renovationen, Umnutzungen sowie Einführung von Mietzinsvorschriften
- **Gegenvorschlag:** Verpflichtende Informations- und Unterstützungsmassnahmen bei Leerkündigungen

Zürich: Stimmvolk gegen Regulierungen

Kanton Zürich, Volksinitiativen (5987, 5993, 5994)

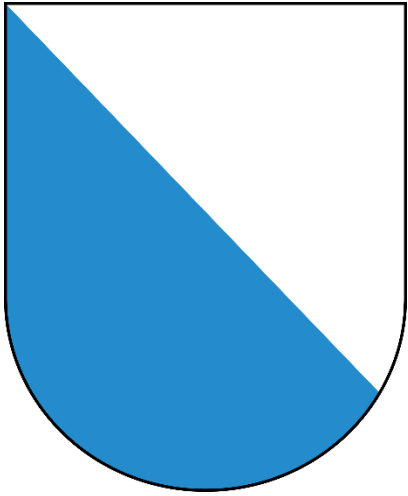


Wohneigentums-Initiative

- **Initiative:** Selbstgenutztes Wohneigentum muss gleich gefördert werden, wie preisgünstige Wohnungen
 - **Kein Gegenvorschlag**
-
- **Alle Initiativen wurden abgelehnt, die Gegenvorschläge angenommen**
 - **Auf kantonaler Ebene ist noch die Heimatinitiative der SVP hängig**

Zürich: Bilanz aus den vielen Wohn-Initiativen

Kanton Zürich, Volksinitiativen (5987, 5993, 5994)



Regulierungen haben es auf kantonaler Ebene schwer

- Konservative ländliche Gemeinden als Gegengewicht zu den Städten → Mobilisierung auch abhängig von Bundesthemen
- **Aber:** Potenzial auch ausserhalb von Zürich und Winterthur vorhanden → Schlieren nahm Wohnschutz-Initiative knapp an

Stimmvolk mit Skepsis gegenüber Vermietern und dem Staat

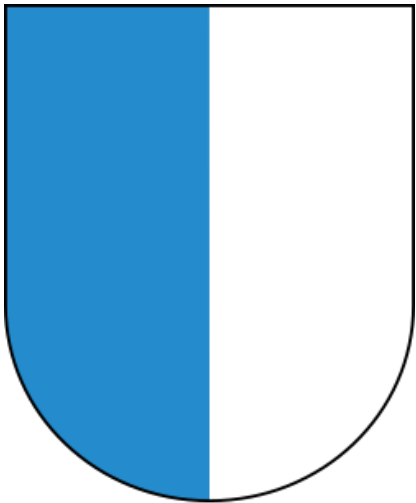
- Ablehnung von Mietrechtslockerungen, Wohnschutz-Initiative mit höchster Zustimmung

Linke Akteure dominieren die politische Wohn-Agenda weiterhin

- Bürgerliche Lösungen bisher seltener und von sehr geringem Erfolg
- Verlagerung linker Initiativen auf städtische Ebene (z.B. Winterthur)

Luzern: Ja zur aktiven Bodenpolitik der Stadt

Stadt Luzern, Volksinitiativen (B+A 8/2025, B+A 45/2025)



Volksinitiative (SP): «Wohnraum für die Menschen statt Profite für Spekulanten»

- Vorkaufsrecht ab einer Leerstandsquote unter 1,5%

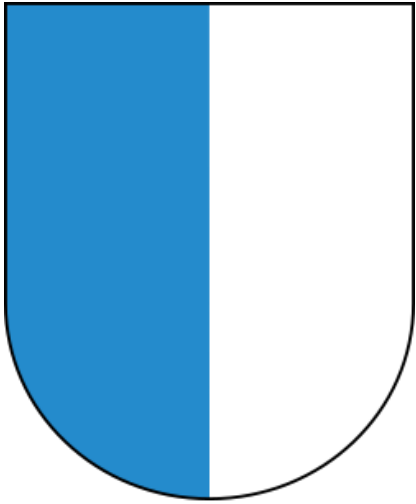
Volksinitiative (Grüne): «Wohnrauminitiative: Aktive Bodenpolitik – zur Förderung von zahlbarem Wohnraum!»

- Stadt soll jährlich mind. 50 zusätzliche bezahlbare Wohnungen schaffen
- Aufrechterhaltung, bis sich städtischer Wohngebäudebestand gegenüber dem 1. Januar 2024 verdoppelt hat

- **Regierung legte beiden Initiativen einen Gegenvorschlag vor**
- **Beide Initiativen wurden zugunsten der Gegenvorschläge zurückgezogen**

Luzern: Ja zur aktiven Bodenpolitik der Stadt

Stadt Luzern, Volksinitiativen (B+A 8/2025, B+A 45/2025)



Gegenvorschlag Vorkaufsrecht-Initiative

- Vorkaufsrecht ab einer Leerstandsquote unter 1,5% → konzerninterne Verkäufe ausgeschlossen

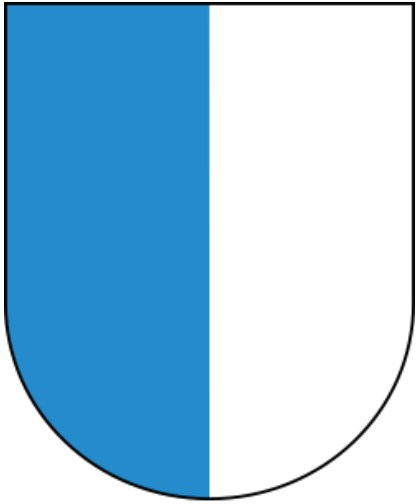
Gegenvorschlag Wohnrauminitiative

- Gründung einer städtischen Wohnbauanstalt mit Kapital von CHF 70 Mio.
- Vergünstigte oder zinslose Darlehen an gemeinnützige Wohnbauträger
- Kauf von Liegenschaften durch die Stadt

- **Stimmvolk nahm beide Initiativen an**
- **Vorkaufsrecht tritt ab 1. Januar 2027 in Kraft, die anderen Massnahmen ab 1. September 2026**

Luzern: Streit um Wohnschutz geht weiter

Stadt Luzern, Exekutivvorstoss (B+A 50/2025) & Volksinitiative



Parlament lehnt Unterstellung unter Gesetz über die Erhaltung von Wohnraum (GEW) sehr knapp ab

- GEW erlaubt Einführung von Bewilligungspflicht für Abbrüche, Umbauten und Umnutzungen
- Regierung beantragte Unterstellung unter das GEW, um angenommenen Bevölkerungsantrag umzusetzen

Mieterverband setzt mit Volksinitiative nach

- Fast identischer Inhalt wie der Regierungsantrag
- Annahme realistisch: Stimmvolk für Vorkaufsrecht und Wohnbauanstalt

➤ **Die Initiative kam zustande**

➤ **Als nächstes nimmt die Regierung Stellung zu der Initiative**

Mietpreis-Initiative: Unterschriften eingereicht

Bund, Volksinitiative



mv Mieterinnen-
und Mieterverband

Kostenmiete light und Mietzinskontrollen gefordert

- Definition des «missbräuchlichen Mietzinses» in der Verfassung verankern: **Übersteigt Kosten + angemessene Rendite oder übersetzter Kaufpreis**
- Strenger als OR → Orts- und Quartierüblichkeit fehlt
- Kontrollen: «**Mietzinse müssen automatisch und regelmässig überprüft und gegebenenfalls angepasst werden**»

Ausgang der Abstimmung ungewiss

- Skepsis gegenüber Vermietern; Ablehnung von ähnlichen Regulierungen auf Kantonsebene
- Ständemehr als entscheidende Hürde

➤ **Als nächstes entscheidet der Bundesrat über das Zustandekommen der Initiative**

Genf: Rekurs gegen Vorkaufsrecht-Initiative

Kanton Genf, Volksinitiative (IN 204)

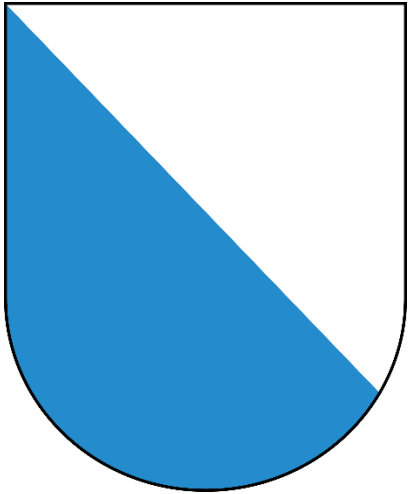


Mieterverband will Vorkaufsrecht ausweiten

- Genfer Vorkaufsrecht gilt derzeit vor allem für unbebaute Grundstücke
 - Ausübung des Vorkaufsrechtes soll in gewissen Fällen obligatorisch sein
 - Abweichung vom ursprünglichen Verkaufspreis möglich
- **Die Behandlung der Initiative wurde aufgrund eines Rekurses vorläufig sistiert**

Stadt Zürich: Rückzug der Aufstockungsinitiative

Stadt Zürich, Volksinitiative (2024/535)



Forderung der Initiative

- Erhöhung zulässiger Gebäudehöhe um 3 Meter

FDP zog ihre Initiative zurück

- Begründung: Das Anliegen wird bereits in der BZO-Totalrevision zufriedenstellend aufgenommen

Aufstockungsoffensive der FDP von geringem Erfolg

- Ähnliche Vorstösse der FDP in anderen Städten (z.B. Winterthur, Stadt Bern) gescheitert

➤ **Das Geschäft ist erledigt**

Weiterhin Stillstand im Mietrecht

Bund, Motion (24.4167 & 24.3402)



Motion Flach: Einheitliche Berechnung der Nettorendite

- Bundesrat soll:
 - Einheitliche Berechnung der zulässigen Nettorendite erarbeiten
 - Maximal zulässige Nettorendite gesetzlich konkretisieren



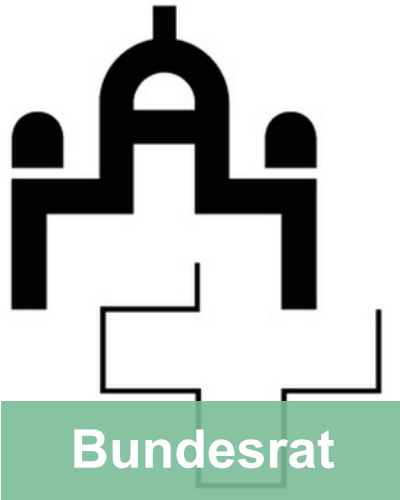
Motion Roth: Bundesamt für Wohnungswesen BWO neu zuteilen

- BWO vom Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF) in das Departement des Innern (EDI) verschieben
- Aktionsplan Wohnungsknappheit neu aufsetzen

- **Der Nationalrat lehnte beide Motionen ab**
- **Beide Geschäfte sind erledigt**

Fonds de Roulement wird aufgestockt

Bund, Exekutivvorstoss (25.077)



Parlament stimmt Antrag des Bundesrates zu

- Fonds de Roulement soll ab 2030 über 5 Jahre hinweg um weitere CHF 150 Mio. auf insgesamt CHF 900 Mio. aufgestockt werden
- Fonds dient zur Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus
- Begleitmassnahme zur Initiative «Keine 10-Millionen-Schweiz»

Überschaubarer Effekt auf den Wohnungsmarkt zu erwarten

- Zur Verfügung stehende Mittel gering im Vergleich zu privaten Investitionen
- Fonds de Roulement eher eine Ergänzung zu kantonaler und kommunaler Förderung

➤ **Das Geschäft ist erledigt**

Mehr Mieterschutz bei Leerkündigungen

Bund, Motion (26.3536)



Strenge Auflagen bei Sanierungskündigungen

- Vermieter muss Leerkündigungen melden und Ersatzwohnungen finden
- Behörden sollen zusätzliche Massnahmen ergreifen, um Kündigungen zu verhindern und deren Konsequenzen abzufedern
- Verhandlungen mit Mietern über Sozialplan mit Ergebnisverpflichtung, notfalls mittels Schlichtungsverfahren
- Kündigungen, die diese Bedingungen nicht einhalten, sind nichtig

Geringe Chancen auf Annahme

- Räte sind bürgerlich dominiert; Motion hat keine Mitunterzeichner

➤ **Als nächstes nimmt der Bundesrat Stellung zu dem Vorstoss**

Schutz vor Missbrauch befristeter Mietverträge

Bund, Motion (26.3636)



Forderung der Motion

- Befristete Verträge sollen Mieter nicht vom Wahrnehmen ihrer Rechte abhalten (z.B. Anfechtung des Anfangsmietzinses)
- Vorstoss schlägt keine konkreten Massnahmen vor

Kaum Chancen auf Annahme

- Vorstoss dürfte an bürgerlicher Mehrheit in den Räten scheitern

➤ **Als nächstes nimmt der Bundesrat Stellung zu dem Vorstoss**

Genf: Strengere Vorgaben in Entwicklungszonen

Kanton Genf, Projet de loi (PL 13825)



Caroline Renold
(SP)

Verbot von befristeten Mietverträgen in Entwicklungszonen

- Mietzinse in Entwicklungszonen werden während 10 Jahren kontrolliert
- Logik der Motion: Befristete Mietverträge, die zeitgleich mit der Kontrolle ändern → Miete kann direkt erhöht werden
- Befristete Mietverträge nur zulässig, wenn nach Vertragsende eine Eigennutzung folgt

Annahme ungewiss

- Stimmverhalten des MCG entscheidend, aber unklar

➤ **Als nächstes berät die zuständige Kommission über den Vorstoss**

Bern: Öffentlich-rechtliche Wohnbauanstalt

Kanton Bern, Motion (2026.GRPARL.403)



Lena Allenspach
(SP)

Schaffung öffentlich-rechtlicher Wohnbauanstalt in Bern

- Soll Wohnungen erstellen und zur Kostenmiete vermieten oder im Baurecht an gemeinnützige Träger abgeben
- Ausstattung mit entsprechendem Startkapital

Politische Lösungsvorschläge mit Ansteckungseffekt

- Zürcher Wohnungsinitiative brachte das Anliegen auf die Agenda
- Volksinitiative mit gleicher Forderung in Winterthur hängig
- Geringe Chancen auf Annahme aufgrund bürgerlicher Mehrheit

➤ **Als nächstes nimmt die Regierung Stellung zum Vorstoss**

Stadt Zürich darf Business-Apartments verbieten

Bund, Bundesgerichtsentscheid (1C_401/2024)



Umstrittene BZO-Teilrevision der Stadt Zürich von 2021

- Befristet vermietete Zweitwohnungen können nicht mehr an Mindestwohnanteil angerechnet werden
- Wurde 2021 im Parlament beschlossen, konnte wegen einer Klage nicht in Kraft treten

Bundesgericht bestätigt Urteil der Vorinstanzen

- Beschränkung sei sachlich gerechtfertigt, verhältnismässig und verstosse nicht gegen Bundesrecht
- Die neue Regelung wird voraussichtlich im Herbst 2026 in Kraft treten
- Gegenvorschlag zur Airbnb-Initiative wird mit neuer Regelung abgestimmt sein

Winterthur: Airbnb stärker regulieren

Stadt Winterthur, Motion (2026.309)



Katja Hager
(SP)

Altbekannte 90-Tage-Regel

- Beschränkung von Kurzzeitvermietung auf 90 Logiernächte im Jahr
- Ausnahmen für Tourismus- und Landwirtschaftsbetriebe oder wenn nachweislich kein Wohnraum zur dauerhaften Nutzung verdrängt wird

Annahme möglich

- Unterstützende Parteien verfehlen Mehrheit knapp (29/60 Sitze)

➤ **Als nächstes nimmt die Regierung Stellung zum Vorstoss**

Bern: Rückzug des Einheimischenvorrangs

Kanton Bern, Parlamentarische Initiative (2025.GRPARL.1502)



Forderung der Parlamentarischen Initiative

- Vermieter müssen bei Wohnungsvergabe Schweizer oder Ausländer mit dauerhaftem Wohnsitz (>10 Jahre) bevorzugen
- Bedingung: Schweizer Bevölkerung übersteigt vor 2050 die 10-Millionen-Grenze
- Wohnen als neues Wahlkampfthema: Ähnliche Forderung bereits im Kanton Zürich eingereicht

➤ **Der Vorstoss wurde zurückgezogen. Das Geschäft ist erledigt**

Ausblick: Kommende Termine

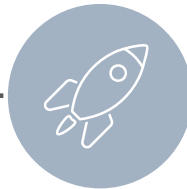
27. Oktober 2026

IAZI Polit-Monitor Boardmeeting Q3 2026



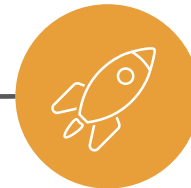
27. September 2026

Abstimmung
Hochhausrichtlinien Stadt Zürich



11. November 2026

Schweizer Finanz- und
Immobilien-Kongress 2026



Termine Boardmeetings 2027: Bitte ausfüllen



<https://nuudel.digitalcourage.de/pUVcqrd4yscHPMgk>

Kontakt



Thierry Leu
thierry.leu@iazi.ch



Steven Hill
steven.hill@iazi.ch